

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/Sonderausgabe

Januar/Februar 1966

VOR ZWANZIG JAHREN ...

Wie der Kommunismus in der sowjetischen Besatzungszone die Ansätze zur neuen deutschen Demokratie erdrosselte

Vor zwanzig Jahren setzte die sowjetische Besatzungsmacht mit Hilfe ihrer hüriger Reste der KPD zur Liquidierung aller Ansätze bei der Bildung einer neuen deutschen Demokratie an. Druck und Gewaltanwendung, Versprechungen und Drohungen - das waren die Methoden, mit denen eine "Einheitspartei" geschaffen werden sollte. Der SOZIALDEMOKRATISCHE PRESSEDIENST veröffentlicht zur Erinnerung an jene Tage eine Reihe Erlebnisberichte von Persönlichkeiten des damaligen und heutigen politischen Lebens. Als erster Beitrag hierzu erscheint die nachstehende Schilderung von RUDOLF DUX, seinerzeit Bezirkssekretär der SPD in Magdeburg, heute verantwortlicher Redakteur der VOLKSWIRTSCHAFT des Sozialdemokratischen Pressedienstes.

Die Redaktion

Demokratie russisch-kommunistisch

Konkriß-Stiefel gegen die Freiheit

Von Rudolf Dux

Im April werden es 20 Jahre seit der Gründung der SED. Am 19. April war der erste und zugleich letzte Parteitag der Nachkriegszeit für die Sozialdemokratische Partei in der sowjetisch besetzten Zone. Gleichzeitig tagte der letzte Parteitag der KPD der Zone in Berlin. Beide Parteitage beschlossen die "Vereinigung der Arbeiterklasse" in der SED und traten am 21. und 22. April zum Vereinigungsparteitag zusammen, um sich zur neuen SED zu konstituieren.

Dieser Beschluß des Vereinigungsparteitages war der Grabstein auf die Hoffnungen, die die Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone und heutigen "DDR" auf eine demokratisch-freiheitliche Entwicklung gesetzt hatte. Nur der Berliner Parteiorganisation der SPD, die sich unter dem Schutz des Viermächte-Statuts den brutalen Druck der sowjetischen Besatzungsmacht auf "Vereinigung der Arbeiterklasse" zu entziehen vermochte und die am 31. 3. 1946 in einer Urabstimmung ihrer Mitglieder mit 82 Prozent der abgegebenen Stimmen die Vereinigung mit der KPD ablehnte, ist es gelungen, nicht nur ihre Selbständigkeit und Freiheit zu erhalten, sondern damit auch die Voraussetzungen für die Freiheit Berlins zu schaffen.

Die Vereinigung der beiden Parteien innerhalb der sowjetisch besetzten Zone war keineswegs, wie es von Gegnern der Sozialdemokratie und den Kommunisten dargestellt wurde, der Abschluß eines Frei-

- 2 -

willigen, von der Führung und den Mitgliedern herbeigewünschten und geförderten Prozesses. Sie war vielmehr das Ergebnis einer viel schmerzhafteren Entwicklung für die Sozialdemokraten in der Zone, denen leider nicht wie ihren Berliner Freunden der Schutz westlicher Besatzungsmächte zur Verfügung stand.

Mehr als ein Bruderzwist

Es war sicherlich richtig, daß in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft, sowohl im Gebiet der heutigen "DDR" als auch der heutigen Bundesrepublik, die Vorstellung vorherrschte, der Bruderzwist der Arbeiterparteien von vor 1933 dürfe sich niemals wiederholen, denn er sei einer der wesentlichsten Voraussetzungen für das Gelingen der nationalsozialistischen Machtübernahme gewesen. Hinzu kamen die gemeinsamen Leiden unter dem Nationalsozialismus, das Erleben in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, die gemeinsamen vielfachen Opfer, die beide Parteien zu beklagen hatten.

So bildeten sich, schon vor der Gründung der Parteien, "antifaschistische Aktionsgemeinschaften". Doch während sich im Westen, unter den Bedingungen der demokratischen Meinungsfreiheit, sehr bald die Erkenntnis durchsetzte, daß mit Gegnern einer demokratischen Ordnung, den Kommunisten, auf die Dauer keine Verständigung über die staatliche und gesellschaftliche Grundordnung zu erreichen war, lösten sich die antifaschistischen Aktionsgemeinschaften bald wieder auf. Im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands jedoch wurde die Publikation über alle Massenmedien von den politischen Organisationen der SMA, der sowjetischen Militäradministration, gesteuert. Sie hat das Bedürfnis der Bevölkerung, insbesondere weitgehend der Mitgliedschaft der beiden Parteien, nach einer gemeinsamen, friedlichen Zusammenarbeit im Wiederaufbau propagandistisch geschickt zu nutzen gewußt.

Auch in der sowjetischen Besatzungszone bildeten sich und agierten die antifaschistischen Aktionskomitees und in Berlin sogar bis in die Führungspitzen der ehemaligen KPD und SPD. Doch die SMA hatte nach den Einflüsterungen ihrer beim Einmarsch in Deutschland aus der Sowjetunion mitgebrachten Funktionäre der ehemaligen KPD - Walter Ulbricht und Genossen - nicht an ein Wiederaufleben der Sozialdemokratischen Partei, um so mehr aber an die Wunschvorstellungen der Kommunisten geglaubt, die KPD würde nach dem Zusammenbruch einen beispiellosen Aufstieg erleben. Sie ließ daher unter dem 11.6.1945 zunächst die Kommunistische Partei, am 15.6.1945 auch die Sozialdemokraten, am 25.6.1945 die Christdemokraten und am 5.7.1945 die Liberaldemokraten zu. Das führte faktisch zur Auflösung des Antifa-Blocks. Die spätere erneute Zusammenfügung dieses Blocks auf der Basis der konsolidierten Parteien, SED, CDU, LDP und NDP, läßt vermuten, daß der SMA die erste gefühlsmäßige Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten auf örtlicher Ebene, eben die Antifa-Aktionsgemeinschaften als politisches Element zum Aufbau des Zonenstaates und der Zonenwirtschaft nach den Vorstellungen der Sowjets nicht ausreichend erschienen war.

Ulbrichts Fehlspekulation

Es stellte sich schon kurz nach der Zulassung der Parteien heraus,

daß die Spekulation der Uibricht-Leute und die Erwartungen der Besatzungsmacht auf einen beispiellosen Aufstieg der KPD in der Zone sich nicht erfüllen würden. Dagegen vermochten sich die sozialdemokratischen Parteibüros vor dem Zustrom der Bevölkerung nicht zu retten. LDP und CDU blieben ohne große Bedeutung. Dieser Aufschwung der Sozialdemokratischen Partei vollzog sich trotz weitgehender Behinderung durch die sowjetische Besatzungsmacht. Offiziell genossen zwar alle Parteien die gleichen Rechte, tatsächlich aber nur die KPD die besondere Förderung der Besatzungsmacht - durch Zuteilung von Verwaltungsbauten, Druckereien, Zeitungspapier, Besetzung der Funkhäuser mit KP-Intendanten - während alle anderen Parteien auf die eigene Initiative angewiesen blieben und im übrigen unter den fadenscheinigsten Vorwänden allen nur erdenklichen Behinderungen durch die Besatzungsmacht ausgesetzt waren, z.B. mangelhafte oder auch gar keine Zuteilung von Zeitungspapier, verzögerte oder versagte Genehmigung von Veranstaltungen.

Die Einstellung der Besatzungsmacht zur SPD änderte sich anscheinend mit dem immer deutlicher werdenden Fiasko der KPD. Aufgaben, die zunächst dieser vorbehalten schienen, wie personelle Besetzung von Verwaltungspositionen, Planung und Koordinierung von Wiederaufbauvorhaben und Ähnliches, wurde zum Teil der gemeinsamen Verantwortung der beiden Arbeiterparteien und oft genug der SPD allein übertragen. So bestand zum Beispiel zwischen KPD und SPD Bezirksleitungen und Landesvorstand in Sachsen-Anhalt - wie auch in anderen Bezirken natürlich unter der Ägide der SMA - eine Vereinbarung über die Besetzung der Landesregierung, Bezirksverwaltungen, der Landratsämter, der Bürgermeistereien, die je zur Hälfte von beiden Parteien besetzt werden sollten, wobei der Stellvertreter jeweils von der anderen Partei zu stellen war. Der Mangel an qualifizierten Kräften der KPD führte dazu, daß zunächst die meisten dieser Positionen von Sozialdemokraten besetzt wurden. Die Ortskommandanten der Besatzungsmacht trugen jedoch schon bald dafür Sorge, das die KP-Stellvertreter nach einer gewissen Zeit der Einarbeitung das Amt übernahmen, wo es nur irgend möglich war.

Ertäuschte Hoffnungen

Als Beispiel einer Wiederaufbaumaßnahme, die nach den Erklärungen der SMA in Halle - General Kottikow - zunächst der KP zugeordnet war, dann aber der SPD-Bezirksleitung in Magdeburg übertragen wurde, möge dienen der Wiederaufbau der BRABAG, der Braunkohle-Benzin AG, die in Magdeburg eine im Krieg weitgehend zerstörte Raffinerieanlage unterhielt. An diesem Wiederaufbau war sowohl die sowjetische Besatzungsmacht, zur Versorgung ihrer Truppen aus der deutschen Erzeugung, als auch die deutsche Bevölkerung, in diesem Falle die Bezirks- und Stadtverwaltung in Magdeburg, aber selbst die Zonenverwaltung interessiert. Bei dem damals weitgehend zerstörten Eisenbahnnetz - die Russen hatten zusätzlich noch die elektrischen Leitungen der elektrifizierten Bahn zwischen Leipzig und Magdeburg demontiert - war eine ausreichende Benzinversorgung die einzige Chance für einen geregelten Transport.

Die Bezirksleitung der SPD in Magdeburg hatte diese Aufgabe der Koordinierung der Wiederaufbaumaßnahmen, ihrer Finanzierung und fristgerechten Erfüllung sogar mit einer gewissen Begeisterung übernommen. Es war ihr zugesagt worden, nach Erfüllung der Auflage sollte die

Halbte der Produktion der Besatzungsmacht und die andere Hälfte der Versorgung der Wirtschaft, der Verwaltung, der Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Die Aufgabe wurde fristgerecht erfüllt. Als nach dem Tage des Anlaufens der BRABAG unter dem lobenden Beifall der sowjetischen Kommandatur, der Bezirkspräsident Otto Bähr, ein alter Sozialdemokrat und Verwaltungsspezialist, auf einer Riesenkundgebung der SPD den ersten Ballon Benzin präsentierte, waren alle von Stolz erfüllt über dieses Ergebnis aus ausschließlich eigener Leistung. Das schien allen eine Garantie eines raschen Wiederaufbaues und damit einer schnellen Überwindung der drückenden Not zu sein. Die Hoffnungen wurden bald enttäuscht.

Die Besatzungsmacht nahm die Produktion der BRABAG für sich allein in Anspruch und höhnte noch unserem Kinderglauben an die Teilung. Dies und die vielfachen Demontagen der auf gleiche Weise aus dem Schutt aufgebauten Unternehmen haben den Wiederaufbauwillen wie auch andere Hoffnungen bald zerstört. Die SPD in Sachsen-Anhalt hat danach keine solchen Aufgaben wieder übernommen.

Gewerkschaftswahlen nach sowjetischem Muster

Und die Demokratie? Noch bevor Parteien zugelassen wurden, bildeten sich auf örtlicher Basis bereits Gewerkschaften. Es waren Einheits-Gewerkschaften mit einem starken Dach, unter dem die Industrie-Gewerkschaften nur Sparten darstellten, also Teile der Zentralorganisation. Die Spitze in Berlin wurde von vornherein von den Sowjets mit alten erfahrenen Kommunisten besetzt, während die örtlichen Organisationen bis hinein in die Bezirke und Landesleitungen zunächst weitgehend nach dem tatsächlichen politischen Kräfteverhältnis mit Sozialdemokraten besetzt waren. Auf Druck der Besatzungsmacht und Drängen der KP wurden aber auch sie bald mit kommunistischen Stellvertretern oder insgesamt "paritätisch" besetzte Vorständen versehen - ähnlich der Gleichschaltung unter den Nazis. Zur endgültigen Konstituierung der Gewerkschaften in der Zone war für den Beginn des Jahres 1946 ein Gewerkschaftskongress vorgesehen. Zu diesem Gewerkschaftskongress demonstrierte man erstmals ein Beispiel kommunistisch-sowjetischer Demokratie, die Gewerkschaftswahlen.

Zur Vorbereitung dieser Gewerkschaftswahlen waren der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei von der SMA Auflagen erteilt. Sie sollten unter gleichzeitiger Demonstration der "Einheit der Arbeiterklasse" gemeinsame örtliche und regionale Veranstaltungen auf Gewerkschaftsebene treffen, Versammlungen einberufen, Redner und Versammlungsleitungen bereitstellen, Kandidaten für die Gewerkschaftskongresse nominieren und wählen lassen. Diese örtlichen und regionalen Gewerkschaftsversammlungen waren ihrerseits von Delegierten besetzt, die in "geheimen Wahlen" in den Betrieben ermittelt worden waren. Was es mit diesen geheimen demokratischen Wahlen auf sich hatte, sei am Beispiel geschildert.

In einem Magdeburger Großbetrieb - Schäffer und Buddenberg - hatte der paritätisch besetzte provisorische Betriebsrat, nach den von den Gewerkschaften übermittelten Anweisungen der Besatzungsmacht, eine gemischte Kandidatenliste aufgestellt. Sie war etwa zur Hälfte aus

ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten zusammengesetzt, ohne daß den wählenden Arbeitnehmern aus der Kandidatenliste ersichtlich war, welcher Kandidat etwa welcher Partei angehörte. Die Arbeiter halfen sich schnell selbst. Es wurden handschriftliche Zettel verbreitet, auf denen neben den Namen der Kandidaten auch ihre Parteizugehörigkeit angegeben war. Das gar nicht verwunderliche Ergebnis war: mehr als zwei Drittel aller gewählten Kandidaten waren Sozialdemokraten. Die SMA annullierte diese Wahl. Die sei undemokratisch und außerdem sei das "Wahlgeheimnis" verletzt. Aber auch die Wiederholung der Wahl brachte kein anderes Ergebnis. Die Bezirksleitung der KP und die SMA konzentrierten nur ihre ganzen Bemühungen um ausreichenden Einfluß in den Gewerkschaften auf die nun bevorstehenden örtlichen oder regionalen Delegiertenversammlungen.

Einheitlich und an einem Sonntag im Oktober 1945 fanden an allen größeren Orten, auf der Basis der Unterbezirke der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei Delegiertenkonferenzen statt. Weisungs- und abredegemäß sollte jeweils ein Sekretär der SPD beziehungsweise der KPD je zur Hälfte der Zeit die Versammlungen leiten und je ein Redner der KPD und SPD auf den Konferenzen referieren. Insgesamt sollten die Konferenzen 15 Delegierte für den Provinzialkongreß in Halle wählen, der seinerseits wieder die Delegierten für den zentralen Gewerkschaftskongreß in Berlin beziehungsweise Potsdam benennen sollte.

Ständige Eingriffe der Militäradministration

An diesem entscheidenden Sonntag hatte ich Bereitschaftsdienst im Bezirksbüro der SPD in Magdeburg. Ich hatte kaum das Büro betreten, als ich einen telefonischen Anruf aus Stendal erhielt, von wo mich unser dortiger Unterbezirkssekretär und gleichzeitiger DGB-Vorsitzender, Wilhelm Dreumann, mit einer Schimpfkanonade überfiel. Was es für ein unsinniger Einfall der Bezirksleitung der Partei sei, gerade an diesen Tage alle Unterbezirkssekretäre und Referenten nach Magdeburg zu einer Bezirkskonferenz zu bestellen. Wir müßten doch wissen, daß alle auf den Delegierten-Konferenzen der Gewerkschaften dringend benötigt würden, um dort ihren Mann zu stehen; niemand sei entbehrlich. Ich fragte ihn, woher er seine Weisheit habe. Er sagte mir, er habe einen telefonischen Anruf aus der Stadtverwaltung Stendal erhalten und auch der Ortskommandant habe ihn verständigt und sich sogar bereit erklärt, ihn mittels Auto schnellstens nach Magdeburg zu fahren.

Innerhalb kurzer Frist erhielt ich ähnliche Anrufe aus Gerthin, wo Ernst Scharnowski, der spätere Vorsitzende der Unabhängigen Gewerkschafts-Organisation Berlin, UGO, als Unterbezirkssekretär der SPD mir ähnliche Vorhaltungen machte, sowie aus Haldensleben und Oschersleben, sodaß ich mich veranlaßt sah, an alle Unterbezirke telegrafische Anweisungen zu geben: Jeder auf seinen Platz, niemand ist nach Magdeburg geladen! Das hat dennoch nicht verhindert, daß gegen 11 Uhr drei Unterbezirkssekretäre in Magdeburg eintrafen, die kurzerhand von ihren Ortskommandanten in den Jeep geladen worden waren, um ihre angeblich dringende Bezirkskonferenz in Magdeburg noch früh genug zu erreichen.

Auch dieser Eingriff der sowjetischen Militäradministration vermochte nicht zu verhindern, daß von den 15 zu wählenden Delegierten für Halle 12 Sozialdemokraten waren. Doch die Freude in der Bezirksleitung über diese Standhaftigkeit unserer Freude in der Organisation war verfrüht. Tagelang haben die Polit-Offiziere der Bezirkskommandantur Magdeburg gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern der Bezirksleitung der KPD die Bezirksleitung des ADGB - des Allgemeinen Deutschen

Gewerkschaftsbundes - und die Bezirksleitung der SPD bedrängt, um die "paritätische" Besetzung der Delegation nach Halle durchzusetzen. Dabei waren sie großzügig bereit, dem Mehrheitswillen der Wähler insoweit Rechnung zu tragen, als von den 15 Delegierten 8 Sozialdemokraten und 7 Kommunisten sein sollten. Die Verhandlungen waren hart und nicht selten mit massiven Drohungen durchsetzt. Dennoch hielten die Verhandlungsbeauftragten des ADGB und der SPD in dieser Verhandlung durch. Sie beriefen sich auf die eindeutige Willensentscheidung der Wähler. Aber auch der Stolz auf unsere Standhaftigkeit war verfrüht, wir waren nur halb.

Zum Gewerkschaftskongress in Halle führen zwar 15 Delegierte - doch es waren 12 Kommunisten und 3 Sozialdemokraten. In den Konferenzen waren, wie damals überall gefordert, für die sozialdemokratischen Kandidaten kommunistische Stellvertreter und umgekehrt gewählt worden. Die Ortskommandanten hatten es einfach, das tatsächliche Wahlergebnis von 12 Sozialdemokraten und 3 Kommunisten zu korrigieren, indem sie die gewählten Sozialdemokraten wegen Belanglosigkeiten in Haft nahmen oder unter fadenscheinigen Gründen festhielten und einfach die kommunistischen Stellvertreter auf die Reise schickten. So wurde die einwandfreie demokratische Entscheidung nach kommunistisch-sowjetischer Art in die "demokratische Einheit der Arbeiterklasse" verwandelt. Denn Demokratie ist Volksherrschaft und das Volk, das sind die Kommunisten.

Dieses Beispiel der Gewerkschaftswahlen vom Oktober 1945 bis in den Februar 1946 hinein, zeigt, unter welchen schwierigeren Bedingungen als in Berlin die Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone um ihre Existenz als Partei zu ringen, sich den Forderungen der sowjetischen Besatzungsmacht - als großen Bruder der KP - nach Vereinigung in einer Partei der Arbeiterklasse zu stellen hatten.

Mit Zuckerbrot und Peitsche

Neben massiven Druckmitteln gegen die Sozialdemokratie setzten die Russen allerdings auch noch eine geschickte psychologische Strategie ein, mit der sie Sozialdemokraten insbesondere in führenden Positionen für sich gewannen, obgleich diesen die massiven Druckmethoden der Sowjets auf die Partei bekannt waren. Sieht man ab von der direkten Korruption - durch bessere Versorgung willfähriger sozialdemokratischer Spitzenfunktionäre mit knappen Nahrungsmitteln, Kohlen, Bekleidung usw. - so gab es daneben noch die sowjetische Schmeichelei der scheinbar realen Stärke der Sozialdemokratie. Geschickt verstanden sie es, einigen Spitzenfunktionären einzureden, zufolge ihrer organisatorischen und personellen wie geistigen und fachlichen Überlegenheit würden die Sozialdemokraten innerhalb einer sozialistischen Einheitspartei sowieso die führende Rolle spielen, Staat und Partei beherrschen und von dort von niemanden zu verdrängen sein.

Die schon damals von den meisten Sozialdemokraten gegen diese These vorgetragenen Bedenken, vor allem wegen des militärischen Gewichtes der Besatzungstreitkräfte und der von ihnen angestrebten Ziele, brauchen heute nicht wiederholt zu werden. Die Tatsachen - besonders des 17. Juni 1953 - sprechen für sich.

Schon im Frühjahr 1945 waren bei den Parteilenzentralen, später auch regional und örtlich, zum Teil unter geschickter Ausnutzung der vorher erwähnten allgemeinen Verbrüderungstimmung, aber auf Grund

bestimmter Anweisungen der SMA-Polit-Offiziere Komitee's der Parteien gebildet worden; zur Vorbereitung der Vereinigung beider Parteien. Auf allen Ebenen der Organisation hatten Versammlungen stattzufinden, mit jeweils einem Redner der SPD und der KPD sowie je einer Versammlungsleitung beider Parteien, die abwechselnd zu präsidieren hatte. Diese Veranstaltungen waren nicht nur von der SMA angeordnet, sie wurden auch von den Polit-Offizieren schärfstens überwacht. Die mitprotokollierten Reden waren am Tage nach der Versammlung Anlaß zu mehrstündigen "Gesprächen", in denen manchmal gutmütig, in Wiederholungsfälle aber drohend die sowjetische Version von Demokratie und Einheit erläutert wurde. Danach war Demokratie nicht Wille der Mehrheit, sondern Parität. Einheit zwischen KP und SPD war vollendete Demokratie; Gleichheit zwischen SP und KP konnte nur gelten unter voller Anerkennung der allein seligmachenden Lehren von Lenin und Stalin.

Je weiter von Berlin entfernt...

Natürlich war das Niveau solcher Unterhaltungen unterschiedlich. Unterschiedlich wie der Dienstgrad der Polit-Offiziere. Und so lagen die Unterhaltungen Otto Grotewohls und Gustav Dahrenndorfs, den damaligen beiden Vorsitzenden des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei in Berlin, mit Oberst Tulpanow, dem Polit-Offizier beim sowjetischen Militärkommandanten Schukow und später General Kortikow - sicher auf einer anderen Ebene als unsere Auseinandersetzungen im Bezirk Magdeburg oder Land Sachsen-Anhalt mit Major Griechin oder gar die der unteren Partei-Funktionäre mit ihren örtlichen Kommandanten. Je weiter von Berlin entfernt, umso härter, ja gewalttätiger waren die Methoden der Überzeugung, die bis zu nächstlichen Revolverattentaten auf unseren Unterbezirkssekretär in Haldensleben gingen:

Die "Aktion Vereinigung" lief. In den Betrieben, Ortsgruppen, örtlich und regional, wurden Versammlungen abgehalten, Resolutions gefaßt, Aufrufe veröffentlicht, deren Texte unter Geburthilfe sowjetischer Offiziere - bei uns würde man so etwas Vorzensur genannt haben - entstanden und die Unterschriften von Leuten trugen, die diese nur mit Unbehagen, wenn nicht gar unwillig gegeben hatten. Aber auch die ursprünglich harte parteiinterne Auseinandersetzung um das Für und Wider der Vereinigung beider Parteien erstarb allmählich, genau wie der äußere Widerstand, weil sich sehr bald herausstellte, daß die SMA mit ihrem wohlorganisierten Nachrichtendienst alle Organe der Sozialdemokratischen Partei bis hinein in die Spitzengremien durchsetzt hatte.

Die Rolle Kurt Schumachers

Die Vereinigungskampagne lief bereits, als der Versuch unternommen wurde, die Sozialdemokratische Partei im Gebiet aller vier Besatzungszonen zu konstituieren und zusammenzuführen. Doch auf einer Konferenz in Wennigsen bei Hannover, auf der sich Grotewohl, Dahrenndorf und Otto Meyer vom Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei in Berlin mit den Vertretern des "Büro Schumacher", also der Führungsspitze der damals offiziell noch nicht zugelassenen SPD der drei Westzonen trafen, kam es zu harten Auseinandersetzungen über Selbständigkeit oder Vereinigung der SPD mit der KPD. Die westlichen Sozialdemokraten waren nicht bereit, Erfüllungsgehilfen der sowjetischen Besatzungsmacht und über die SED Teil der anti-demokratischen kommunistischen Internationale zu werden. Sie verlangten Selbständigkeit der SPD auch in der Zone und eine auf freien Wahlen beruhende Grundordnung.

Der Vereinigungsrummel steuerte seinem Höhepunkt zu, als mich Otto Grotewohl bat, noch einmal nach Hannover zu fahren; er wünschte eine neue Verbindung mit Kurt Schumacher, um ihn zu bitten, seine harten Attacken gegen die Sowjets, gegen die KPD und ihre politischen Praktiken einzustellen oder abzuschwächen. Es war die Bitte aus bereits schwacher Position, die Situation der Sozialdemokraten in der Zone nicht noch mehr zu erschweren, insbesondere ihre Stellung in einer möglicherweise zwangsvereinigten SED nicht durch verstärktes Mißtrauen der Besatzungsmacht zu schwächen. Kurt Schumacher verlangte kurzerhand äußersten Widerstand gegen die Vereinigung und - wenn die Selbständigkeit nicht aufrechtzuerhalten sei - Auflösung der Partei, bevor es zu einer zwangweisen oder auch nur scheinbar "freiwilligen" Vereinigung kommen könne. Dennoch erklärte er sich noch einmal zu einem Gespräch mit Grotewohl bereit, das kurze Zeit später in Braunschweig, allerdings mit dem gleichen Ergebnis, stattgefunden hat.

Dialog mit Grotewohl

Auf meiner Rückreise von Hannover begegnete ich auf der noch westlichen Seite der Zonengrenze einem der ersten "Opfer" der nun einsetzenden Reinigung der Ämter von allen nicht willfährigen Sozialdemokraten. Es war der Stadtrat und Leiter des Bezirksamtes für Ernährung, Wirtschaft und Verkehr in Magdeburg, Wilhelm Korpeter, den man amtsenthoben hatte. Ihm war eine Eisenbahnladung Kartoffeln erfroren, weil russische Soldaten dem Zug Lokomotive und Lokomotivführer ausgespannt hatten, um sie tagelang für angeblich militärische Zwecke zu verwenden. Er warnte mich zurückzufahren. Doch ich fühlte mich zur Berichterstattung verpflichtet, zum Entsetzen meiner Kollegen in der Bezirksleitung, die mir mitteilten, der SMA seien mein Aufenthalt in Hannover und sein Zweck durchaus bekannt.

Verabredungsgemäß kamen Grotewohl, Dahrendorf und Meyer nach Magdeburg, um meinen Bericht vor dem voll versammelten Bezirksvorstand der SPD entgegen zu nehmen. Es war kurz, die oben geschilderte und unveränderte Stellungnahme Kurt Schumachers. Die Mitglieder des Zentralkomitees waren offensichtlich unbefriedigt. Grotewohl fragte mich nach meiner persönlichen Meinung zu Kurt Schumachers Haltung und Forderung nach Auflösung der Partei, vor der zwangweisen Vereinigung. Ich konnte ihm nur erklären, daß ich nach den Erfahrungen hier in der Provinz der gleichen Auffassung wie Kurt Schumacher sei. Darauf Grotewohl:

- * Nennen wir an, wir lösen die Partei auf und der Eisene Vorhang
- * ginge herunter. Möchtest Du dann die Verantwortung für alles das
- * übernehmen, was geschieht, worauf wir dann keinen Einfluß haben
- * und was wir dann nicht mehr verhindern können?

Ich stellte ihm nur die Gegenfrage:

- * Bist Du bereit, für alles das, was nach der Vereinigung auch
- * namens der SPD geschieht, die volle Verantwortung mit zu über-
- * nehmen, obgleich Du genau weißt, daß Du es auch darin nicht ver-
- * hindern kannst?

In großer Erregung mischte sich Gustav Dahrendorf in dieses Frage-spiel ein, mit der Bemerkung, genau das sei der Punkt, über den er sich mit Grotewohl seit Wochen streite. Er sei nicht bereit, diese Verantwortung mit zu übernehmen.

Kurzfristig nach diesem Gespräch haben wir beide die Szene verlassen, bevor der "Parteitag der Vereinigung" über die Bühne ging; Gustav

Dahrendorf ging nach Hamburg zur GEG, ich nach Hannover in das Büro Kurt Schumachers.

Demokratie - in kommunistischer Sicht

Es gehört zum Bild der Demokratie, wie die Kommunisten und nunmehr die SED, in Verein mit der Besatzungsmacht, sie verstehen, wie sie sich bei den Gemeindewahlen, den ersten Wahlen zu den Landesparlamenten und zum Zonenparlament verhalten haben. Bei diesen Wahlen standen nicht nur die Parteien zur scheinbar freien und geheimen Wahl; etwa die SED gegen CDU, LDP und der später noch gegründeten Nationaldemokratischen Partei zur Entscheidung; Kandidaten stellten auch die "gesellschaftlichen Organisationen". Darunter sind zu verstehen jene Organisationen, die als Gründungen der SED oder auf Anregung des Staates und der Besatzungsmacht fast ausschließlich von aktiven SED-Funktionären geführt werden. Es spielt keine Rolle, daß in ihnen auch angeblich Parteilose in Funktion sind. Diese Organisationen waren und sind noch:

- * die Freie Deutsche Jugend - FDJ
- * der Demokratische Frauenbund
- * der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund - FDGB
- * der Demokratische Kulturbund
- * die Vereinigung Gegenseitige Bauernhilfe

Parteien und gesellschaftliche Organisationen stellten nach dem Doppelspiel der Landtagswahlen, in denen die SED ihre Mehrheit an CDU und LDP verlor, nur noch "gemeinsame Kandidatenlisten" auf. Sie enthielten genau so viel Kandidaten wie Mandate zur Verfügung standen. Die Bevölkerung hatte nur die Möglichkeit bei diesen Wahlen der Liste zuzustimmen oder sie abzulehnen, eine Auswahl war nicht möglich. Durch die gesellschaftlichen Organisationen und ihre Kandidaten war die SED einmal als Partei und weitere fünfmal über die gesellschaftlichen Organisationen vertreten. Die übrigen Parteien konnten nur einmal, entsprechend ihrer Mitgliederstärke Kandidaten benennen; aber auch diese waren von der SED und den Polit-Offizieren der SKA sorgfältig überprüft.

Inzwischen probiert man bei Wahlen in der "DDR" das System mehr Kandidaten auf die Liste zu setzen - auf denen die SED immer noch über die gesellschaftlichen Organisationen mehrfach vertreten ist - um den Wählern Gelegenheit zu geben, ihren Unmut in gelegentlichen Streichungen Luft zu machen. Das ist nicht einmal ein Schritt vor Demokratie, denn es gibt den Wählern lediglich Gelegenheit, zwischen beliebteren und weniger beliebteren Funktionären derselben unbeliebten Partei eine Wahl zu treffen. Das alles verdeckt nicht, daß die persönliche Freiheit, die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine demokratische Grundordnung, unter dem Kommissariat einer militanten und heute nur noch von Kommunisten beherrschten SED und ihres großen Bruders, der sowjetischen Besatzungsmacht, zertreten wurde.

Das begann 1945 und fand seinen vorläufigen Abschluß auf dem Parteitag am 21. und 22. April 1946 in Berlin. Dieser angebliche Vereinigungsparteitag war der Grabstein der mit der Zwangsfusion zur Staatspartei gegen die Demokratie, aber auch gegen die deutsche Einheit errichtet wurde.